Ärzte Woche Nr. 4, Donnerstag, 25. Jänner 2024

## Politik

## Druck auf Japans Frauen steigt

Expertenbericht. Vielleicht ist es der verzweifelte Versuch, das Schrumpfen der Bevölkerung zu stoppen, vielleicht liegt es an dem Rollenklischee in Japan, wonach Frauen Mütter zu sein haben: Jedenfalls ist Familienplanung in Japan schwierig – diplomatisch formuliert.

## Von Susanne Krejsa MacManus und Christian Fiala

Mit 126 Millionen Einwohnern liegt Japan auf Platz elf der bevölkerungsreichsten Länder der Erde und die Einwohnerdichte ist 3-mal höher als in Österreich. Seit 1971 schrumpft Japans Bevölkerung: Die Weltbank schätzt, dass die Einwohnerzahl im Jahr 2050 nur noch 107 Millionen betragen wird, wodurch Japan bis Mitte des Jahrhunderts 20 Millionen Einwohner verlieren würde.

1949 lag die Geburtenziffer bei 4,32 Kindern pro Frau, 1975 fiel sie erstmals auf unter zwei Kinder pro Frau – eine Rate, die in Europa bereits in den 1960er-Jahren erreicht wurde und die als sogenannter "Pillen-Knick" in die Geschichte einging. Der bisher tiefste Stand in Japan war 2005 erreicht: durchschnittlich 1,26 Kinder; 2015 lag die Rate bei 1,46.

Gleichzeitig ist Japan der Staat mit der weltweit höchsten Lebenserwartung: 87,7 (Frauen) bzw. 81,6 Jahre (Männer). Wegen des Rückgangs an Geburten und der dadurch bedingten Überalterung der Bevölkerung stellt sich immer mehr die Frage: Wer wird die Alten pflegen, wenn nicht genug Junge nachkommen? Die langjährige Auslandskorrespondentin Sonja Blaschke beobachtet daher, dass Gebären eine Angelegenheit der Politik geworden sei. Der Druck auf Frauen von Seiten der japanischen Regierung steigt.<sup>1</sup>

## Zustimmung des Ehemanns nötig

Obwohl Reglementierungen von Verhütung und Schwangerschaftsabbruch nachweislich nichts nützen, niemals und nirgendwo zu mehr Geburten geführt haben, verfolgt Japan weiterhin diesen Weg. Die Zeitung NHK berichtete beispielsweise über ein Gerichtsverfahren wegen des Todes eines Neugeborenen: Eine 21jährige Frau hatte ihr Kind in einer öffentlichen Toilette ausgesetzt. Krankenhäuser hatten ihr eine Abtreibung verweigert, da sie das vorgeschriebene Einverständnisschreiben ihres Freundes nicht vorlegen konnte. Diese Bestimmung stammt aus dem Jahr 1996, wonach Abtreibungen nur mit Zustimmung des Ehemannes vorgenommen werden dürfen, andernfalls drohen dem Arzt bis zu sieben Jahre Gefängnis. Obwohl das japanische Sozialministerium im Jahr 2013 mitgeteilt hatte, dass diese Regelung nicht gilt, wenn ein Paar unverheiratet ist, wenn eine Ehe wegen häuslicher Gewalt been-



**Kinder, Kinder!** Japans Geburtenrate lag noch in den 1940er-Jahren bei über 4 Kindern, seit den 1970er-Jahren befindet sie sich im freien Fall. © kohei\_hara / Getty Images / iStock (Symbolbild mit Fotomodellen)

det wurde oder wenn die Schwangerschaft durch eine Vergewaltigung entstanden ist, verlangen die meisten Krankenhäuser und ÄrztInnen sie aus Eigenschutz nach wie vor. Frauen, die trotz fehlender Zustimmung des Ehemannes eine Abtreibung durchführen lassen oder sie medikamentös herbeiführen, droht bis zu einem Jahr Gefängnis.

Nach Angaben des Gesundheitsministeriums aus dem Jahr 1999 wurden jedes Jahr 337.000 Schwangerschaften offiziell abgebrochen, nach Schätzungen von Gynäkologen war die Zahl jedoch doppelt so hoch. Grund für diese Schätzung: Chirurgische Schwangerschaftsabbrüche bis zur 22. Woche "aus schwierigen finanziellen Gründen" sind relativ unkompliziert zu bekommen, und eine gute Einnahmequelle für Ärzte.

## Anonyme Geburt und Babyklappe

Im Gegensatz zu Österreich und vielen anderen europäischen Ländern gibt es in Japan keine Möglichkeit der anonymen Geburt.<sup>2</sup> Damit Frauen ihr Kind nicht alleine und ohne medizinische Betreuung zur Welt bringen müssen, können sie bei uns seit 2001 ihr Kind in jedem Krankenhaus anonym zur Welt bringen, aber auch die medizinische Vor- und



Babys, Babys, Babys: Mit mehr als 4.000 Geburten pro Jahr ist das St. Josef Krankenhaus Wien die größte Geburtsklinik Österreichs. Das Wiener Neujahrsbaby kam am 1.1.2024 um 0:16 Uhr hier, in Wien-Auhof, zur Welt. © Alek Kawka

Nachbetreuung erhalten, ohne ihre Identität bekannt geben zu müssen.

In Japan besteht nur die Möglichkeit der irreführenderweise "vertraulich" genannten Geburt, bei der die Mutter ihre Daten sehr wohl bekannt geben muss, weiters die Adoptionsfreigabe für ihr Baby und schließlich einen Brief an ihr Kind. Aber auch diese "vertrauliche Geburt" ist derzeit nur in einem einzigen japanischen Krankenhaus möglich, zwei weitere werden eventuell im nächsten Jahr folgen. Als Grund für die Ablehnung der anonymen Geburt wird Artikel 7 der UN-Kinderrechtskonvention von 1989 angeführt, wonach jedes Kind das Recht habe, so weit es möglich ist, seine Eltern zu kennen und von ihnen betreut zu werden. In einem ähnlichen Rechtsstreit hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte 2003 entschieden, dass die anonyme Geburt nicht im Widerspruch zu den Menschenrechten steht.3

Ähnlich steht es um die Babyklappe: Es gibt in Japan bisher lediglich eine einzige an einem Krankenhaus und eine weitere, die seit dem Vorjahr in der Kleinstadt Tobetsu von einer Bürgerinitiative betrieben wird. Im nächsten Jahr soll auch in Japans Metropole Tokio (14 Millionen Einwohner) ein derartiges Angebot installiert werden – an einem katholischen Krankenhaus.<sup>4</sup>

Im Gegensatz dazu existiert diese Möglichkeit in Österreich bereits seit fast 25 Jahren und ist laut der Statistik Austria aktuell an sechzehn Standorten verfügbar. Zwischen 2001 und 2019 gab es bei uns insgesamt 606 anonyme Geburten, 28 davon im Jahr 2019 und zusätzlich zwei Abgaben in Babyklappen.

Es mangelt auch an Hilfsorganisationen und Beratungsstellen. Statistiken des japanischen Wohlfahrtsministeriums zeigen, dass zwischen 2003 und 2018 nicht weniger als 395 Säuglinge unter einem Jahr an den Folgen von Kindesmisshandlung gestorben sind. Bis in die 1990er-Jahre kam es auch zu den sogenannten "Coin-Locker-Babys", also zur 'Entsorgung' (noch) lebender oder zuvor erstickter Neugeborener in Schließfächern von Bahnstationen oder Einkaufszentren. Durch bessere Kontrolle der Schließfächer sowie durch mediale Kampagnen wurde die Zahl derartiger Fälle drastisch reduziert, aber nicht gänzlich gestoppt.5

### **Hinausschieben aus Tradition**

Nach jahrelangen Diskussionen wurde die "Pille danach" als Verhütungsmethode in Japan zugelassen. Ab Ende November soll sie versuchsweise in 150 Apotheken rezeptfrei erhältlich sein und zwischen 40 und 50 Euro kosten. Wer unter 16 Jahren alt ist, bekommt die Pille danach nicht. Wer zwischen 16 und 18 Jahren alt ist, bekommt sie nur in Begleitung eines Elternteiles. Die Apotheken müssen über geschulte Apotheker und private Räume verfügen und an Wochenenden, nachts und an Feiertagen erreichbar sein. Außerdem müssen sie in der Lage sein, sich mit nahe gelegenen Geburtshilfe- und Gynäkologiekliniken abzu-

Ebenfalls mit Verzögerungen wurde die Abbruchpille (Mifepriston + Misoprostol) seit Mitte 2023 für einen Schwangerschaftsabbruch bis zur 9. Woche zugelassen. Die Anwendung ist nur im Spital und durch speziell ausgebildete Ärzte erlaubt. Das Produkt "Mefeego" kostet umgerechnet ca. 750 Euro und wird von der Krankenkasse nicht bezahlt. Auch für diesen medikamentösen Abbruch ist die Zustimmung des Ehemannes nötig. Der britische Hersteller Linepharma International muss monatlich die Anzahl der verwendeten Packungen an die Aufsichtsbehörde melden, um illegale Verwendung oder den Verkauf zu verhindern. 6 (Anm. d. Verf.: In Frankreich ist das Präparat seit 1988 zugelassen, www.mifegyne.info)

Bereits 1984 wurden Preglandin-Vaginalsuppositorien der Ono Pharmaceutical für Schwangerschaftsabbrüche im 2. Trimester zugelassen. Strikte Regularien für ihre Verwendung sollten den Befürchtungen religiöser Gruppen entgegenkommen, die ein unkontrollierbares Anwachsen der Abtreibungszahlen befürchteten, und gleichzeitig den einschlägig trainierten und

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 18

## Politik.Japan

#### Impressum

Herausgeber und Verleger: Springer-Verlag GmbH, Wien Geschäftsführung: Joachim Krieger, Juliane Ritt, Dr. Alois Sillaber Leitung Journale und Redaktionen Medizin: Mag. Birgit Schmidle-Loss

Chefredaktion: Raoul Mazhar (RM; DW 319) stv. Chefredaktion: Mag. Martin Křenek-Burger, BSc (MB; DW 238)

Redaktion: Dr. DI Philip Klepeisz (PK; DW 317), Mag. Renate Haiden (RH; DW 105, verantwortlich für Komplementärmedizin), Dr. Verena Kienast (ki; DW 222, verantwortlich für Apotheker Plus), Dr. Katharina Edtstadler (KE; DW 151), Dr. Stefanie Schmellenkamp (StS; DW 102) Mag. Patrizia Steurer (PS; DW 128)

Sonderproduktionen: Mag. Katharina Kloboucnik (KK; Chefin vom Dienst, DW 326)

Gestaltung/Produktion: Maximilian Baumann, Ralf Dolberg, Till Schlünz, Stephan Thomaier

Leitung Verkauf Medizin: Robert Seiwald Anzeigenverkauf: Robert Seiwald (DW 335) Mag. Andrea Zangerl (DW 337)

Mag. Andrea Zangerl (DW 337)
Mag. Birgit Kimmel, (DW 341, verantwortlich für Apotheker Plus und Komplementärmedizin)

Mediaservice: Karin Husslik (DW 320)

Es gilt die Anzeigenpreisliste 2024

Kleinanzeigen/Sekretariat: Christine Neger (DW 318)
Berater der Redaktion: Dr. Christoph Dachs, Dr. Reinhold
Glehr, Prof. Dr. Sibylle Kietaibl, Prof. Dr. Lars-Peter
Kamolz, Dr. Heidemarie Abrahamian, Prof. Dr. Bernhard
Ludvik, Prof. Dr. Markus Peck-Radosavljevic, Prof. Dr.
Alexandra Kautzky-Willer, Prof. DI. Dr. Reingard
Grabherr, Prof. DDr. Johannes Huber, Prof. Dr. Cornelia
Lass-Flörl, Doz. Dr. Martin Hülsmann, Doz. Dr. Patrick
Weninger, Prof. Dr. Roland Sedivy, Prof. Dr. Thomas
Stompe, Prim. Dr. Christa Rados, Dr. Wolfgang Beiglböck,
PD Dr. Arschang Valtipour, Dr. Elia Bragagna, Prof. PD DI
Dr. Hans-Peter Hutter, Dr. Florian Wimpissinger

Veriagsanschiff: Prinz-Eugen-Straße 8-10, 1040 Wien, Tel. +43/1/330 24 15-0, Fax+43/1/330 24 26, E-Mail: aerzte@aerztewoche.at

Verlagsort: Wien

**Erscheinungsort:** Wien **Verlagspostamt:** 1040 Wien P.b.b.; ISSN: 1862-7137

**Design:** Trimedia Communications Austria GmbH/ Collettiva Design GmbH

Druck und Vertrieb: ColdsetInnovation Fulda GmbH & Co KG,

Am Eichenzeller Weg 8, D-36124 Eichenzell Erscheinungsweise: 44 x pro Kalenderiahr.

**Erscheinungsweise:** 44 x pro Kalenderjahr, Versand per Post

Bezugspreis pro Jahr:
Die aktuellen Preise finden Sie auf www.springer.com

Abonnement: Springer Nature Customer Service Center GmbH

Tiergartenstraße 15 69121 Heidelberg, Deutschland Tel: +49-6221-345-0 Fax: +49-6221-345 42 29 customerservice@springernature.com

Bezugsbedingungen: Das Abonnement für Einzelbezieher gilt mit Bezug des ersten Heftes jeweils für ein Jahr mit der in der Preisliste für einen vollen Jahrgang angegebenen Anzahl von Ausgaben. Abbestellungen innerhalb dieser Laufzeit können nicht entgegengenommen werden. Das Abonnement der Zeitschrift verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis 2 Monate vor Ablauf des Abonnements beim Verlag eine schriftliche Kündigung eingegangen ist.

Adressänderungen: Informieren Sie uns bitte sofort. Geben Sie uns dabei den Namen der Zeitschrift sowie die alte und neue Adresse bekannt. Reklamationen für nicht erhaltene Hefte können nur innerhalb von 2 Wochen nach dem Erscheinen angenommen werden.

Alle namentlich gekennzeichneten Beiträge spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Diese Beiträge fallen somit in den persönlichen Verantwortungsbereich des Verfassers. Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unaufgefordert eingesandte Manuskripte. Mit "Sonderbericht" oder "Advertorial" gekennzeichnete Seiten sind entgeltliche Einschaltungen nach §26 Mediengesetz.

Allgemeiner Teil/Rechtliche Hinweise für Autoren: Die Autorin/der Autor erklärt, dass ihr/sein Manuskript in dieser Form bislang nicht anderweitig veröffentlicht oder zur Veröffentlichung eingereicht wurde.

Die Autorin/der Autor überträgt mit der Übergabe des fertigen Manuskripts und der Veröffentlichung in der Zeitung oder Fachzeitschrift die notwendigen Nutzungsrechte zur Vervielfältigung und Verbreitung an den Verlag, insbesondere das Recht der Nutzung zu gewerblichen Zwecken durch Druck, Nachdruck, Verbreitung in elektronischer Form oder andere Verfahren und Medien durch Springer Science + Business Media. Die Autorin/der Autor holt, falls notwendig, die Nutzungsrechte an Texten und Bildern Dritter vor Übergabe des fertigen Manuskripts ein, eventuelle Ansprüche Dritter sind somit geklärt.

Hinweise zur Verwertung: Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jade Verwertung, auch auszugsweise, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Verlages. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Produkthaftung: Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in dieser Zeitschrift berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften. Angaben über Dosierungsanweisungen und Applikationsformen sind anhand anderer Literaturstellen oder der Packungsbeilage auf ihre Richtigkeit zu überprüfen. Der Verlag übernimmt hierfür keine Gewähr.

Um einen angenehmen Lesefluss zu gewährleisten, verzichten wir auf das Binnen-I oder auf die gesonderte weibliche und männliche Form bei personenbezogenen Bezeichnungen vie "Arz" und "Patient". Gemeint ist stets sowohl die weibliche als auch die männliche Form. Wir hoffen auf Ihr Verständnis.

In Bezug auf Ethik und Datenschutz ist es entscheidend, KI-Systeme verantwortungsvoll und unter Einhaltung aller rechtlichen Datenschutzanforderungen zu verwenden, um schädliche Anwendungen zu vermeiden und Fairness sowie Transparenz sicherzustellen, weshalb wir die Verwendung von KI-Systemen an entsprechender Stelle kennzeichnen.

**Eigentümer und Copyright-Inhaber:**© 2024 Springer-Verlag/Wien. Springer Medizin ist Teil von Springer Nature.



Druckauflage 18.809 (ÖAK - 23/H1)

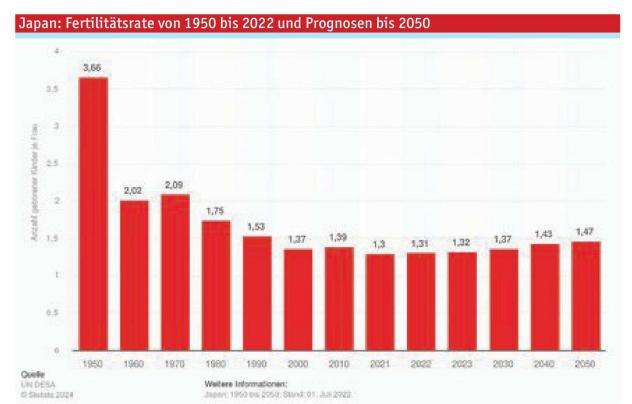
Inhalte der "Ärzte Woche" sind seit Oktober 2010 auch über die Zeitungsdatenbank der APA (http://www.defacto.at) abrufbar. Fortsetzung von Seite 17

medizinisch geprüften Ärzten ein Anwendungsmonopol garantieren.<sup>7</sup> Zugunsten lukrativer chirurgischer Abbrüche wurde trotz vorliegender wissenschaftlicher Belege die Anwendung in der frühen Schwangerschaft nicht zugelassen. Ein Schwangerschaftsabbruch kostet 600 bis 1.300 Euro (bis zur 12. SW) und 3.100 Euro (12. bis 22. SW). Ab dem 85. Tag der Schwangerschaft gibt es einen finanziellen Zuschuss von Seiten der Krankenversicherung.

### Antibabypille versus Viagra

Ein klassisches Beispiel für die Tradition "strategisch" geführter Diskussionen war die jahrelange Verschleppung der Zulassung für die Antibabypille. Normalerweise dauert die Prüfungszeit für ausländische Präparate in Japan zwei Jahre. In diesem Fall wurden aber moralische Bedenken angemeldet, die Furcht vor Aids, und im Jahr 1998 wurde das Argument Umweltschutz gebracht: Frauen, die sie einnehmen, würden so viele Hormone ausscheiden, dass sie eine Gefahr für das Grundwasser darstellten. Japan war damit das einzige industrialisierte Land und sogar das einzige Mitglied der Vereinten Nationen (UNO), das orale Kontrazeptiva bis 1999 nicht legalisierte. Zuvor hatten Frauen lediglich die Möglichkeit der Kupfer-Spirale und von Sterilisation.

Noch im Jahr 2004 schrieb die Japanologin Barbara Zorman: "Das Image der Pille ist nach 40 Jahren Ablehnung durch Regierung und Interessengruppen derart negativ be-



40

Jahre lang dauert die Ablehnung der Antibaby-Pille durch japanische Institutionen schon. Viagra wurde 1999 nach nur sechs Monaten zugelassen. setzt, dass die Bevölkerung auch nach der Freigabe kaum Interesse daran hat. [...] Verhütung fällt in den Verantwortungsbereich von Männern und es ist für Frauen unanständig, sich in sexuellen Belangen erfahren und selbstbestimmt zu zeigen. So werden Frauen, die die Pille nehmen, allgemein als promisk und unmoralisch angesehen."<sup>8</sup>

Erwähnenswert ist, dass das Potenzmittel Viagra (für Männer) bereits 1999 nach nur sechs Monaten zugelassen wurde. Offiziell lautete das Argument dafür, Viagra sei ein Mittel gegen eine Krankheit.<sup>9</sup>

#### ---

Referenzen

1 Sonja Blaschke: Heirat und Kinder in Japan:
Von halben und ganzen Frauen, Zürcher
Zeitung vom 19. Oktober 2016.Online:

http://tinyurl.com/48matpdw.

² www.anonymegeburt.at

<sup>3</sup> Odièvre v France, Online: http://tinyurl.com/5n955bk8

<sup>4</sup> Tokyo hospital hopes to launch baby hatch next year, The Japan Times v. 28. Sept. 2023.

5 http://tinyurl.com/mvdnf3uj.

6http://tinyurl.com/p9m3d49t7http://tinyurl.com/3xjavsxk

<sup>8</sup>Barbara Zorman: Die Geschichte der Anti-Ba-

by-Pille in Japan – Chronologie einer Ablehnung, Wien, 2004. Online: http://tinyurl.com/552jjpj3

http://tinyurl.com/4mewb2k9.

# "Das Jahr 2024 definieren wir als das Jahr der Gesundheit"

Interview. Das Jahr ist gespickt mit Herausforderungen. Der oberste heimische Arzt, Johannes Steinhart, setzt sich im Interview mit Martin Burger ein, dass Ärzte ihre zentrale Rolle im Gesundheitssystem behalten.

Ärzte Woche: Was werden die großen Herausforderungen für die Österreichische Ärztekammer bzw. die Wiener Kammer 2024 sein?

Johannes Steinhart: An Herausforderungen wird mit Sicherheit kein Mangel bestehen. Dazu nur einige Beispiele: Primär muss die Zukunft der Gesundheitsversorgung sichergestellt werden. Das bedeutet mehr Ressourcen für das Gesundheitssystem und nicht zuletzt attraktivere Arbeitsbedingungen für Ärztinnen und Ärzte sowohl im Krankenhaus als auch in der Niederlassung, damit sie in Österreich versorgungswirksam sind und nicht ins Ausland gehen, wo sie zum Teil attraktivere Arbeitsbedingungen vorfinden. Es wird darum gehen, Konzernisierungs-Bestrebungen im Gesundheitssystem abzuwehren. Bestimmte Regelungen im Rahmen des Finanzausgleichs dürfen nicht zu einem Einfallstor für private Großinvestoren werden, weil das einer solidarischen und qualitätsvollen Gesundheitsversorgung abträglich wäre.



© EVA MANHART/APA/ picturedesk.com/pa



Ich engagiere mich für die Rückkehr zu einer solidarischen und arbeitsorientierten Kammer, die für ihre Mitglieder da ist.

**MR Dr. Johannes Steinhart** Präsident der Österreichischen und der Wiener Ärztekammer Ein Megatrend in der Medizin ist natürlich die Digitalisierung und die Künstliche Intelligenz. Hier geht es mir darum, diesen Prozess aus ärztlicher Perspektive mitzugestalten, drohenden Fehlentwicklungen möglichst gegenzusteuern und unser Gesundheitssystem und insbesondere die Ärzteschaft fit für die kommenden Herausforderungen in diesem Bereich zu machen.

Ärzte Woche: Welche wichtigen Termine stehen für Sie an?

Steinhart: 2024 gibt es EU-Wahlen, Nationalratswahlen, Landtagswahlen in der Steiermark und in Vorarlberg sowie Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen in Salzburg. Zu diesen Anlässen werden wir Anliegen und Forderungen im Sinne einer immer besseren Gesundheitsversorgung und der Ärzteschaft einbringen und positionieren. Unser Engagement beschränkt sich natürlich nicht auf einzelne Termine, sondern ist sozusagen ein Termin in Permanenz, weshalb wir 2024 als "Jahr der Gesundheit" definiert haben. Das bedeutet unter anderem, dass wir durch unsere Aktivitäten dafür sorgen werden, dass die Gesundheitsversorgung und ihre ständige qualitative Verbesserung dauerhaft auf der Agenda der Politik und anderer relevanter Stakeholder bleibt. Weitere wichtige Termine werden die Eröffnungen von Primärversorgungseinheiten sein, aus heutiger Sicht die derzeit in Umsetzung befindlichen elf PVE und vier Kinder-PVE, und die Eröffnung möglichst

vieler Kassenarztpraxen. Den im Finanzausgleich beschlossenen Fördermaßnahmen für Praxisgründungen ist viel Erfolg zu wünschen, sie zeigen sehr deutlich, in welche Richtung eine positive Entwicklung der niedergelassenen Versorgung zu gehen hat.

**Ärzte Woche:** *Was haben Sie sich persönlich vorgenommen?* 

Steinhart: Nachdem ich ein glühender Verfechter des Arztberufes als Freier Beruf bin, ist es mir beson ders wichtig, dass Ärztinnen und Ärzte nach medizinischen Kriterien vorgehen können und nicht Anweisungen von Nichtärzten wie Bürokraten oder Betriebswirten befolgen müssen. Diese Freiberuflichkeit ist durch die Politik, Bürokratie und Konzernisierung bedroht und muss vehement verteidigt werden. Dazu werde ich wie bisher meine Beiträge leisten. Mir ist wichtig, dass Ärztinnen und Ärzte ihre aus guten Gründen zentrale Rolle in der Gesundheitsversorgung behalten und nicht Kompetenzen an andere Berufsgruppen, die dafür nicht oder nicht ausreichend ausgebildet sind, abgeben müssen. Das Jahr 2023 war bekanntermaßen für die Wiener Ärztekammer phasenweise turbulent. Ich werde mich weiterhin mit hohem Einsatz dafür engagieren, dass unsere inzwischen sehr positive Entwicklung in die Richtung einer Rückkehr zu einer solidarischen und arbeitsorientierten Kammer, die für die Interessen ihrer Mitglieder da ist, voranschreitet.

